Endlich Rechtsklarheit für Arztpraxen

GEMA ja oder nein?

Gwendolyn Gemke, München

Eine ansprechende und positive Atmosphäre auch in der Arztpraxis – bereits seit Jahren bemüht sich die Ärzteschaft, ihren Patienten den Aufenthalt in der Praxis angenehm zu gestalten. Neben der Optik gehört dazu auch das Musikalische.

In vielen Arztpraxen wird in Empfang und Wartezimmer Radiomusik als Hintergrundmusik abgespielt. Seit Jahren ist umstritten, ob der betreffende Arzt in diesem Falle verpflichtet ist, Gebühren an die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, kurz GEMA, zu zahlen.

Die GEMA nimmt die ihr von Komponisten, Textdichtern und Musikverlagen eingeräumten Rechte zur Nutzung von Werken der Tonkunst wahr. Sie ist von der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) und der Gesellschaftsverwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) ermächtigt, die von diesen wahrgenommenen Rechte und Ansprüche der Urheber von Sprachwerken sowie der ausübenden Künstler und Tonträgerhersteller geltend zu machen. Die GEMA vertritt seit Jahren die Ansicht, dass Abspielen von Musik als Hintergrundmusik untersagt sei, wenn nicht entsprechende Gebühren gezahlt würden. Viele Ärzte haben, meist nolens und nicht volens, mit der GEMA einen entsprechenden Lizenzvertrag abgeschlossen.

Mit Urteil vom 18. Juni 2015 hat der Bundesgerichtshof diese Streitfrage endlich verbindlich geklärt. In einem Streit zwischen einem Zahnarzt und der GEMA stellte der Bundesgerichtshof fest, dass es sich beim Abspielen von Hintergrundmusik im Wartezimmer des Zahnarztes nicht um eine vergütungspflichtige öffentliche Wiedergabe im Sinne des Urheberrechtsgesetzes handelt. Es besteht also kein Gebührenanspruch.

Niedergelassene Ärzte, die mit der GEMA Lizenzverträge abgeschlossen haben, sind damit berechtigt, diese Lizenzverträge zu kündigen. Nach Ansicht des Bundesgerichtshofes ist die Geschäftsgrundlage für derartige Lizenzverträge bereits durch die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union

(EuGH) vom 15. März 2012 entfallen. In dieser Entscheidung hatte der EuGH festgestellt, dass beim Abspielen von Hintergrundmusik in der Praxis eines italienischen Zahnarztes die Voraussetzungen für einen Lizenzanspruch nicht vorlägen, da die Wiedergabe in der Arztpraxis keine Wiedergabe gegenüber einer bestimmten Zahl potenzieller Adressaten bzw. recht vieler Personen ist. Da es sich um einen italienischen Sachverhalt mit abweichenden Rechtsgrundlagen handelte, war umstritten, ob und inwieweit sich diese Einschätzung auf das deutsche Recht übertragen lässt.

Der Bundesgerichtshof sah sich nun insoweit an die Auslegung des Unionsrechts durch den Gerichtshof der Europäischen Union gebunden, und hat in einem deutschen Rechtsstreit die entsprechenden Bestimmungen des nationalen Rechts richtlinienkonform ausgelegt. Der vom BGH zu beurteilende Sachverhalt stimmte in allen wesentlichen Punkten mit dem Sachverhalt überein, über den der EuGH geurteilt hatte. Daher hat auch der Bundesgerichtshof nunmehr entschieden, dass die Wiedergabe von Hörfunksendungen als Hintergrundmusik in Arztpraxen im Allgemeinen, und so auch bei dem Beklagten im betroffenen Rechtsstreit, nicht öffentlich im Sinne des Urheberrechts und damit auch nicht vergütungspflichtig ist.

Dr. Gwendolyn Gemke/Felix Schiffner

Sozietät Hartmannsgruber Gemke
Argyris & Partner Rechtsanwälte
Rechtsanwälte und Fachanwälte für
Medizinrecht
August-Exter-Straße 4
81245 München
www.med-recht.de

Beim Vertrag auf Nummer sicher gehen

Timesharing vor der Praxisabgabe

Die Kooperation in Form einer örtlichen oder überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft (BAG) bietet eine ganze Reihe von Vorteilen. Durch eine bestmögliche Ausnutzung von Ressourcen lassen sich z. B. die Kosten senken. Vorteile gibt es außerdem für den Fall einer Praxisabgabe bzw. der Entsprechung dazu bei einem BAG-Gesellschafter, das heißt der Abgabe seines Gesellschaftsanteils. Durch die frühzeitige Aufnahme des Übernehmers als Jobsharing-Gesellschafter hat der Senior die Möglichkeit „kürzerzutreten“, indem er seine Arbeitszeit mit dem späteren Übernehmer teilt.

Ein Timesharing oder reduzierte Arbeitszeiten für den Senior müssen jedoch im Gesellschaftsvertrag geregelt werden, empfiehlt der Münchner Fachanwalt für Medizinrecht Achim Röschmann bei einer Seminarveranstaltung der Deutschen Apotheker- und Ärztebank. Im Falle einer Übergangsgemeinschaft durch Jobsharing muss außerdem beachtet werden, dass diese nur um den Preis von Leistungs- und damit Abrechnungsbeschränkungen der gesamten BAG möglich ist. Ist dieser Preis zu hoch, sollte der Senior nach Angaben des Münchner Medizinrechtlers darüber nachdenken, die Hälfte seiner Zulassung freizugeben.

Bei einem Teilversorgungsauftrag nach § 19a Abs. 2 der Zulassungsverordnung muss der Arzt nur für 10 Sprechstunden pro Woche zur Verfügung stehen. Bei diesem Modell der Zulassungsteilung ist jedoch Vorsicht geboten: Kommt es vor der Übergabe zum Streit, ist nicht immer sicher, ob der Übernehmer die halbe Zulassung wieder zurückgibt. Dieses Risiko lässt sich umgehen, indem der Übernehmer während der Übergabezeit lediglich als Angestellter auf der Grundlage eines Verzichts auf eine halbe Zulassung tätig wird und der Senior dennoch seine Arbeitszeit reduziert. Legt aber der Übernehmer, wie häufig, großen Wert darauf, schon in der Übergangszeit Gesellschafter zu sein, muss das Rückgaberrisiko durch einen guten Vertrag mit Vertragsstrafenregelung minimiert werden.

Jürgen Stoschek